

AUSWIRKUNGEN DER EU-OSTERWEITERUNG

Vortrag: Prof. Dr. Jan Bergmann



⇒ **OSTERWEITERUNG IST BESCHLOSSENE SACHE !**

VERHANDLUNGEN LAUFEN MIT ZWÖLF LÄNDERN (MOEL)

Polen (38,6 Mio.)	Rumänien (22,5 Mio.)	Tschechien (10,3 Mio.)
Ungarn (10,1 Mio.)	Bulgarien (8,2 Mio.)	Slowakei (5,4 Mio.)
Litauen (3,7 Mio.)	Lettland (2,4 Mio.)	Slowenien (1,9 Mio.)
Estland (1,5 Mio.)	sowie	Zypern (0,7 Mio.) und Malta (0,4 Mio.)
		(noch) nicht: Türkei (64,3 Mio.)

Osterweiterung = *EU - 15 (375 Mio.)* + *MOEL* = *EU - 27 (480 Mio.)*

BEITRITT = ERFÜLLUNG DER KOPENHAGENER KRITERIEN

<i>Politisch:</i>	Freiheitlich-demokratische Ordnung und Rechtsstaat
<i>Wirtschaftlich:</i>	Funktionsfähige Marktwirtschaft im Hinblick auf den BM
<i>Rechtlich:</i>	insbesondere: Übernahme des „acquis communautaire“

VOM EUROPÄISCHEN RAT GEPLANTES SZENARIO

2002 / 03: Ratifikation des Vertrags von Nizza (trotz „left-overs“)
(insbes. in Irland und Südeuropa; OstE = „deutsches Problem“)

2004 / 05: Beginn der Beitritte rechtzeitig zur EP-Wahl zumindest von
Polen / Tschechien / Ungarn / Slowenien / Estland / (Grenzpb.)

2009 / 10: Volle Personenfreizügigkeit nach Ablauf eventueller
Übergangsfristen (Forderung von D: 7 Jahre, dafür:
PL: 18 Jahre Landschaft / E, P, GR: Agenda 2007)
(EU-Position: 2 J. + 3 bzw. 5 J.; Pb.: „Scheinselbständigkeit“)

POLITISCHER (PARTEIÜBERGREIFENDER) KONSENS

Zügige Realisierung der Osterweiterung, denn (BReg + Positionspapier) - THESEN:

- 1.) OstE ist für Deutschland und gerade auch Baden-Württemberg auch wirtschaftlich von Vorteil.
- 2.) OstE ist nicht Ursache abzusehender Pbe, sondern Mittel zur Bewältigung.

PROGNOSEN: (1) Stabilisierung der Europäische Friedensordnung / (2) Abbau des Wohlstandsgefälles / (3) Stärkung der Inneren Sicherheit / (4) Regelung von möglicher Migration durch spezifische Übergangsfristen.



POLITIK VERSUS ÖKONOMIE

RATIO UND INSTRUMENT BISHERIGER ERWEITERUNGEN

RATIO: Alpha und Omega europäischer Integration = Friedenssicherung + Wohlstand

INSTRUMENT: Gemeinsamer Markt / Binnenmarkt = Wirtschaft ! - Ziel:

- Außenwirtschaftlich = mehr Gewicht und Einfluss in Triade
- Binnenwirtschaftlich = Ausweitung und Belebung des GM/BM

E(W)G / EU- Konstruktionsidee = Das Ökonomische zieht das Politische nach !

RATIO UND INSTRUMENT DER OST - ERWEITERUNG

RATIO: zentral „Historische Wiedervereinigung Europas“

INSTRUMENT: Einbeziehung der MOEL in die EU/EG-Politiken, denn:

seit 1991 mit allen MOEL Europa-Abkommen geschlossen = Freihandelszone = Grundfreiheiten des Binnenmarktes + (außer Personenfreizügigkeit / Dienstl.fr.) h.M. der Wirtschaftsverbände = ökonomisch ist OstE schon längst vollzogen.

OstE. - Konstruktionsidee = erstmals: Das Politische zieht das Ökonomische nach !

Es soll also politisch „zusammenwachsen, was zusammengehört“ - selbst, wenn es ökonomisch (noch) nicht zusammenpasst.

ZENTRALES PROBLEM : WOHLSTANDSNIVEAU

Bisherige Erweiterungen geschahen im kleinen Rahmen (z.B. SüdE: 9 zu 3) bzw. unter Gleichen. Die Osterweiterung ist dagegen Herkulesaufgabe (15 zu 12) +

HEUTIGE BIP-STATISTIKEN:

*EU = 100 von Griechenland = 67 (Deutschland = 108) bis Luxemburg = 184
(Malta = 53 / Zypern = 82 // Türkei = 29)*

Für **1995** veröffentlichte Eurostat folgende BIP pro Kopf-Angaben:

Slowenien = 59	Tschechien = 57	Slowakei = 41	Ungarn = 37
Polen = 31	Rumänien = 24	Bulgarien = 24	Litauen = 24
Estland = 22	Lettland = 18	<i>Durchschnitt MOEL = 33.</i>	

Für **2000** veröffentlichte Eurostat diese Zahlen:

Slowenien = 71	Tschechien = 58	Ungarn = 52	Slowakei = 48
Polen = 39	Estland = 37	Litauen = 29	Lettland = 29
Rumänien = 27	Bulgarien = 24	<i>Durchschnitt MOEL = 41.</i>	

⇒ **BEREICH WIRTSCHAFT**

ÖKONOMISCHE ECKDATEN (in % des BIP 2000)

	Haushaltsdefizit	Leistungsbilanzdefizit	Ausl. Direktinvestitionen
<i>Durchschnitt EU-15</i>	- 0,6	+ 0,2	4,3
Bulgarien	- 0,9	- 5,3	6,3
Estland	- 4,6	- 5,8	5,9
Lettland	- 3,8	- 10,6	5,9
Litauen	- 8,6	- 11,2	4,6
Polen	- 3,5	- 7,5	4,7
Rumänien	- 3,4	- 3,8	3,1
Slowakei	- 3,4	- 5,9	1,7
Slowenien	- 0,6	- 2,9	0,4
Tschechien	- 0,6	- 2,0	9,6
Ungarn	- 3,7	- 4,3	4,1
<i>Durchschnitt MOEL</i>	- 3,1	- 5,7	4,8

- Positionspapier: Deutschland gewinnt durch Osterweiterung neue Absatzmärkte.
Optimistisch, denn bleiben Investoren aus „Haushaltsnotbremse“ / radikale Sparprogramme.

LOHNGEFÄLLE

Durchschnittlicher Bruttomonatslohn (2001): EU - 15 = 1.814 €

Bspw.: im „reichen“ Slowenien = 921 € / Rumänien = 140 € / Bulgarien = 120 €

Bedeutet DIE Chance der MOEL

Bedeutet umgekehrt *Verdrängungswettbewerb* in EU - 15

- Positionspapier: zu erwarten im Dienstleistungsbereich sowie in den Bereichen
Glas, Stahl, Steine/Erden, Textil, Holzmarkt, Landwirtschaft.

Trifft nach allen Prognosen zu. Bsp.: PL - D derzeit = Lohngefälle: 10 zu 1. Folge
z.B. im Straßengüterverkehr: Beförderungsaufkommen schon 1999 nur noch 15% der
Transporte mit dt. LKW (D: Arbeits-/Sozialkosten = 40% an LKW-kosten; PL: 17%)

⇒ **BEREICH LANDWIRTSCHAFT UND STRUKTURPOLITIK**

EG - AGRARFONDS

Landwirtschaftliche Situation (EU = 5,1% bzw. 7,5 Mio.):

Polen = 45,1% (8,7 Mio.), Ungarn = 29,4% (1,3 Mio.), Tschechien = 19,8% (1,1 Mio.)
Estland = 24,4% (0,2 Mio.) und Slowenien = 7,9% (0,07 Mio.).

Allerdings: PL = „statistische Fata Morgana“ / Auch Ungarn = nur 200.000 „reale“
agrarbetriebliche Einheiten (Betriebsgrößen: PL = 7,5 ha // EU = 18,4 / D = 47 ha).

Pb.: GAP-Ausgaben = heute schon fast 50 % des EU-Haushaltes (2001: 43 Mrd. €)
Ohne EG-Reform = ca. 1.000 bis 3.000 € pro MOEL-Landwirt pro Jahr (+ 16 Mrd. €)

Fakt: OstE wird Einnahmenseite nicht steigern = alle MOEL werden Nettoempfänger.
Geht z.L.v. D, F, GB, I / Idee: Nat. Ko-Finanzierung nicht durchsetzbar (- F, E, GR).

Pb.: GAP-Standards = setzt in MOEL große Investitionen und Beihilfen voraus.
Heute z.B. in PL = von 400 Molkereien entsprechen nur ganze 10
von 2.743 Schlachthöfen entsprechen lediglich 19 den EU-Standards.

- *Positionspapier: Gleitender Einstieg in GAP-Direktzahlungen / Ko-Finanzierung
Sorge bzgl. Gesundheits-, Umweltschutz-, Tier-, Pflanzenschutz / Ausnahmeregeln -*

EG - STRUKTURFONDS

Pb.: Einbeziehung der MOEL in das heutige System senkt EU-Durchschnitt.
Ziel 1 = unter 75 % des EU-BIP-Durchschnitts = klares AUS für viele Regionen;
(z.B. FNL fast komplett, entspricht „Verlust“ von 19,2 Mrd. € bei Agenda 2007)

Ohne Reform und Begrenzungen hätten MOEL im Verhandlungszeitraum 2007-2013
Ansprüche von ca. 41,3 Mrd. € aus Strukturfonds (aus Gesamtvolumen 360 Mrd. €)

Heftige Verteilungskonflikte sind sicher: Heutige Hauptgewinner (GR / E / P / IRL)
werden nicht verzichten. Seit Nizza klar: Süd-MS pochen auf gleichbleibenden
Beihilfen; Iren haben auch deshalb im Juni 2001 mit Nein gestimmt.

Bislang konnten bis 2006 nur Vorbeitrittshilfen (ISPA / SAPARD / PHARE) von
insgesamt 3,24 Mrd. € pro Jahr für alle MOEL durchgesetzt werden =
Das entspricht einem Fördervolumen von nur 31 € pro Kopf (das ist lächerlich !!!
Vergleich: dt. Transferleistungen (zzgl. zu EU-Strukturhilfen) = 4.600 € pro Kopf.)

- *Positionspapier: Grundlegende Reformen erforderlich + Konzentration der
Strukturfonds auf die MOEL*

⇒ SONSTIGE EG - POLITIKFELDER

UMWELTPOLITIK

Unstreitig: Umweltrechtl. acquis erfordert Investitionen von ca. 120 Mrd. € + EG-UmweltR fordert beispiellosen Rechtsangleichungs- und -umsetzungsprozess (z.B.: Trink-/Abwasser / Altlasten / Industrie-/Großfeuerungsanlagen / Abfall / Kfz)
- Finanzierung völlig ungewiss, zudem haben MOEL Interesse an niedrigen Standards, da Garant von Wettbewerbsvorteile = „Schmutzproduktion“ dürfte verstärkt in MOEL verlagert werden = starke Energie-Nachfrage, Entstehung von Industriemüll + Verkehr
- Sicher: Spannungsfeld Ökonomie-Ökologie wird zGd Ökonomie aufgelöst.

VERKEHRSPOLITIK

Alle Prognosen: Personen- und Güterverkehr wird nach OstE rasant ansteigen (bis 2015: Verdoppelung zu Land; 400-600% plus im Luftverkehr). Zudem: Straßenverkehr (bei veralteter Kfz-Flotte) wird überproportional ansteigen.
Im Klartext: OstE bedeutet im Verkehrssektor mit großer Sicherheit „stinkende Staus“ auf allen Magistralen des Straßenfernverkehrs.

ARBEITSMARKT UND SOZIALES

ARBEITSLOSIGKEIT: Im EU-Vergleich (1997: 10,6% - 2001: 8,4%) teilweise recht erfreuliche *Quoten (1997 - 1999 in %)*:

Tschechien = 4,8 - 8,7; Rumänien = 6,0 - 6,8; Slowenien = 7,4 - 7,6;
Ungarn = 8,7 - 7,0; Estland = 9,7 - 11,7; *Polen* = 11,3 - 15,3; Slowakei = 11,8 - 16,2;
Litauen = 14,1 - 14,1; Lettland = 14,4 - 14,5; Bulgarien = 15,0 - 17,0.

Aber: insb. Polen, Tschechien und Rumänien haben kaum konkurrenzfähige *Stahlindustrie* und *Groß-VEBs* der verarbeitenden Industrie. + Alle MOEL werden nach OstE Probleme mit *Landwirtschaft* haben: Produktivität auf nur 50% des EU-Wertes = setzt Verringerung der Agrar-Beschäftigten um ca. 6 Mio. Bauern voraus.

SOZIALBEREICH: *Einerseits* = Langfristig bei „guter Zuwanderung“ SV-Stärkung. *Andererseits* = Kosten im Bereich KV / AV / PV / Sozialhilfe sicher nicht unerheblich. (Bundesarbeitsministerium rechnet derzeit nur für medizinische Versorgung von MOEL - Migranten mit jährlich ca. 500 Mio. € Kosten)

⇒ INNERE SICHERHEIT, ASYL UND MIGRATION

INNERE SICHERHEIT

Seit Öffnung des Eisernen Vorhanges hat „Ostkriminalität“ stark zugenommen (insbes. Mädchen-, Drogen- und Waffenhandel sowie Schlepperkriminalität). Zwischenzeitlich sitzen in dt. JVA's rund 1/3 Ausländer, viele davon südost- und osteuropäische Migranten der 1. oder 2. Generation. Hintergrund = Wohlstandsgefälle + MOEL sind derzeit Transit- und nicht Zielländer + haben derzeit schwache Grenzen. OstE / PJZS kann helfen, wenn: hohe Aufwendungen für neue Ost-Grenze (Festung ?)

ASYL

Deutschland fordert seit Jahren „burden-sharing“, nun insbes. wegen OstE. Stößt bislang bei EU-14 auf taube Ohren (2001 immer noch 33% aller Anträge in D). Auch MOEL werden Flüchtlinge nicht wollen / „Zurückschieben“ i.S.d. Dubliner K.??

OST/WEST - MIGRATION

Positionspapier: „Exakte Aussagen können nicht gemacht werden“.

Stimmt, aber: verschiedene Modellberechnungen auf Grundlage:

Befragungen vor Ort + Süderweiterungserfahrung + Dt.-Dt.Vereinigung
+ Einwanderung Türkei - Westeuropa sowie Mexiko - USA / Kanada:

„Best-case“-Szenario (EU-Komm.): jährlich 180.000 Migranten bis 2030
„Worst-case“-Szenario (DIW): jährlich 590.000 bis 1.180.000 bis 2030
„Mittel“-Szenario (Ifo-Institut): jährlich 340.000 bis 680.000 bis 2030
jeweils zzgl. 20.000 bis 30.000 Pendler in Grenzregionen

Gesamtberechnungen bis 2015: zwischen 1,9 bis 4,7 Mio. Migranten, davon
aus Polen: 1,63 Mio., Tschechien: 970.000, Ungarn: 731.000, Slowakei: 730.000.

(realistisch: Abschiebungen 2001: (3.-5. Platz)= Rum. 2.923 / Bulg. 1.400 / PL 1.000)

Bisher: z.B. 70% der polnischen Migranten nach D, nur 1% nach F oder GB.
Demnach voraussichtliche Aufnahmestaaten: Deutschland - 3 Mio.,
Österreich - 600.000, Großbritannien - 213.000, Italien - 188.000,
Schweden - 150.000, Frankreich - 120.000, Griechenland - 110.000,
Finnland - 65.000, Spanien - 60.000, Belgien - 59.000, Niederlande - 52.000,
Dänemark - 48.000, Portugal und Luxemburg - je 4.000 sowie Irland - 1.000.

Einigkeit: Starker „brain-drain“ + erst nach etwa 25 Jahren ist Hauptmigrationsanreiz
Einkommen so weit angeglichen, dass Wanderungsdruck deutlich zurückgeht.

⇒ RECHTLICHE KONSEQUENZEN

AUF NATIONALER EBENE

WIRTSCHAFTSRECHT:

- Gewerbe-, arbeits-, sozial- bzw. polizeirechtliche Änderungen zur Bekämpfung der erwarteten „Scheinselbständigkeit“ (Übergangspb.)
- Neues Verbraucher-/GläubigerschutzR, falls verstärkt Pb. mit „Hauptsitzverlegungen“ in die MOEL (aus steuer- und gesellschaftsr. Motiven).

ARBEITS-/SOZIALRECHT

- Ausländische Haushalte haben statistisch hohes Risiko (9% ggü. 3%), auf staatl. Hilfeleistungen angewiesen zu sein. - Pb. Sprache/Bildung
- Attraktive Ballungszentren haben schon heute hohe *Sozialhilfequoten* (Hamburg: 7,5%, Berlin: 8,1%, Bremen: 9,9% - BW: 2,2%) und hohe *Arbeitslosenquoten* (Bremen: 12,1%, Berlin: 15,9% - BW: 4,9%)
- In D wird im Arbeits-/SozialR „pathologisch gelernt“ = OstE dürfte mittelfristig zu „Modernisierungen“ i.S.e. erheblichen Leistungsabbaus führen.

HANDWERKSRECHT

- Nach OstE mit zu erwartendem Konkurrenzdruck aus den MOEL dürften deutsche Handwerker Bindung an Handwerksrolle/Meisterprüfung als „unzumutbare Inländerdiskriminierung“ bekämpfen.

POLIZEIRECHT

- Nach OstE ggf. weitgreifendes PolR insb. zur effizienteren Grenzüberwachung.

UMWELTRECHT

- Nach OstE werden dt. Firmen auf deutliche Rechtslockerungen drängen (Wettb.).

VERKEHRSRECHT

- Nach OstE Maßnahmen zur Re-Finanzierung der Straßenkosten (allg. Maut ?) bzw. zur Erhöhung der Straßenverkehrssicherheit (z.B. Tempolimit auf BAB).

AUF EU - EBENE

INSTITUTIONELL

- Arbeitsfähige Institutionen in einer EU der 27 (Konvent/Regierungskonferenz 2004)

BESCHLUSSFASSUNG

- Trotz Nizza noch in 35 Bereichen Einstimmigkeit (PJZS / SozR / AsylR / SteuerR); OstE wird Wegfall der nat. Vetorechte erzwingen - sonst „Selbstblockade“.
- Parallel wird das EP gestärkt werden müssen („Demokratiedefizit“).

EG-POLITIKEN

- Wegen OstE müssen zumindest GAP und Strukturpolitik reformiert werden.

⇒ **GESAMTBETRACHTUNG**

AUSGANGSTHESE DES POSITIONSPAPIERS

OstE nicht Ursache der Probleme, sondern Mittel zur Bewältigung der Probleme
nur teilweise verifizierbar:

- Wirtschaft = OstE verstärkt zumindest Verdrängungswettbewerb.
- Landwirtschaft und Strukturpolitik = OstE belastet klar D bzw. EU-15.
- Umwelt- und Verkehrspolitik = OstE sorgt sicher für status quo-Änderungen.
- Arbeitsmarkt und Soziales = Wohlstandsgefälle besteht, hier ist OstE ggf. Mittel.
- Innere Sicherheit und Asyl = OstE schafft durchlässigere Grenzen bzw. „Festung“.
- Migration = Wird durch EU-FreizügigkeitsR geschaffen.

GRUNDLEGENDE ERWARTUNGEN

Hier ähnliches Bild bei Analyse des Positionspapiers:

- *Zentralfrage Migration* durch Übergangsfristen = wohl kaum bewältigbar.
- *Innere Sicherheit* gestärkt = nur, wenn OstE „gelingt“ = rascher Abbau des
- *Wohlstandsgefälles* = kann nur gehofft werden. Vieles spricht dagegen.
- *Europäische Friedensordnung* stabilisiert = stimmt, wenn Konstruktion
„Das Politische zieht das Ökonomisch nach“ aufgeht.

GESAMTBEWERTUNG DER POLITIK

OstE ist für Deutschland und Baden-Württemberg auch wirtschaftlich von Vorteil.

- Dann richtig, wenn viele junge, gut qualifizierte, sprachbegabte, arbeits- und integrationswillige Menschen aus MOEL nach Deutschland zuwandern.
- Aber: Ein solcher „brain-drain“ bedeutete, dass OstE für MOEL auch wirtschaftlich insgesamt von Nachteil wäre.
- OstE ist in diesem Sinne gewissermaßen ein „zweischneidiges Nullsummenspiel“.

Folge: Umfragewerte nicht nur in EU-15, auch in den MOEL sinken drastisch.

Bsp. PL: 1988 = 80% pro OstE / 2001 = nur noch 48% pro; 54% sind der Meinung, die EU profitiere von Polens Öffnung mehr als das Land.

DENNOCH : So wie die dt.-dt. Vereinigung trotz aller Probleme niemand zurückdrehen will, führt auch an der OstE politisch kein Weg vorbei. EU darf nicht zur undurchlässigen „Festung“ werden; der „Eiserne Vorhang“ darf nicht von westlicher Seite wieder neu errichtet werden. Europa muss weiter zusammenwachsen; auch wenn dies nicht zum „Nulltarif“ zu haben ist und das Osterweiterungsprojekt bei genauerer Betrachtung ambivalente Gefühle auslöst.